

Niklas Potrafke, Marcel Schlepper, Ramona Schmid und Mira Schmidt

Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Deutschland – Reformvorschläge von Ökonomen

IN KÜRZE

Das 46. Ökonomenpanel von ifo und FAZ widmet sich dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Im internationalen Vergleich bewerten die Ökonomeninnen und Ökonomen den Wirtschaftsstandort Deutschland mit einer Durchschnittsnote von 3,4. Die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sieht zwar bei den politischen Institutionen sowie bei Bildung und Humankapital eine Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Doch gleichzeitig werden neun der 13 abgefragten Standortmerkmale häufiger als Schwäche statt als Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschland im internationalen Vergleich gesehen. Digitalisierung, Energie und Rohstoffe sowie Regulierung und Bürokratie bewerten jeweils mehr als zwei Drittel der Ökonomeninnen und Ökonomen als Schwäche.

Die deutsche Wirtschaft strauchelt. Für das Jahr 2024 prognostizieren Europäische Kommission (2023), IWF (2024) und OECD (2024), dass Deutschland im Vergleich zu anderen entwickelten Volkswirtschaften eines der Schlusslichter beim Wirtschaftswachstum sein wird. Die Ergebnisse des Economic Experts Survey (EES) vom Herbst 2023 zeigen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland in den vergangenen zehn Jahren substantiell an Attraktivität verloren hat. Für die Zukunft gehen die Expertinnen und Experten von einer wei-

teren Verschlechterung der Situation Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb aus (Dörr et al. 2024). Auch die Unternehmen und Politik sind alarmiert. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, kommentierte die Wirtschaftspolitik der Ampelregierung kürzlich mit der Aussage: »Es waren zwei verlorene Jahre« (Süddeutsche Zeitung 2. April 2024). Das Präsidium der FDP verabschiedete am 22. April 2024 ein Positionspapier zur Beschleunigung der Wirtschaftswende. Im 46. Ökonomenpanel von ifo und FAZ nehmen wir diese Situation zum Anlass und befragen die deutschen VWL-Professorinnen und Professoren, in welchen Bereichen der Wirtschaftsstandort Deutschland schwächelt und welche Reformen notwendig sind. An der Befragung im Zeitraum vom 16. bis zum 23. April 2024 nahmen 180 VWL-Professorinnen und VWL-Professoren teil.

BEWERTUNG WIRTSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND

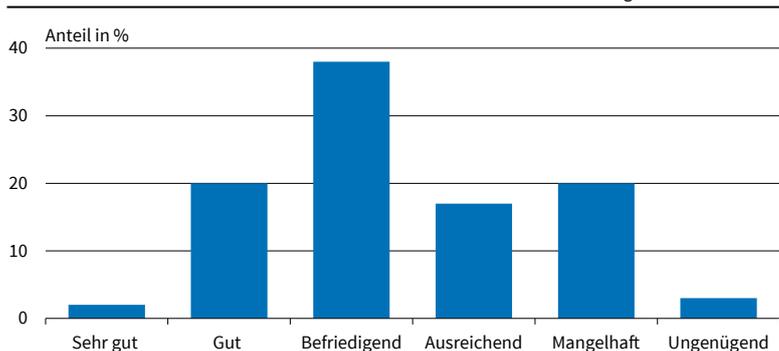
Die Professorinnen und Professoren an deutschen Universitäten bewerten den Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich durchschnittlich mit der Schulnote 3,4 (vgl. Abb. 1). Eine positive Wahrnehmung des Wirtschaftsstandorts drücken 22% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus. Davon haben 2% die Note »sehr gut« und 20% die Note »gut« vergeben. Sie betonen die gute Ausbildung der Arbeitskräfte, den starken Forschungsstandort Deutschland und die weiterhin vorhandene Innovationskraft der Unternehmen. Zudem verweisen sie auf stabile politische Verhältnisse, Rechtssicherheit und institutionelle Rahmenbedingungen als Gründe für eine positive Bewertung des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Mehr als die Hälfte der Ökonomeninnen und Ökonomen stellt dagegen ein mittelmäßiges Zeugnis aus. 38% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vergeben die Note »befriedigend« und 17% vergeben die Note »ausreichend« für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Bildung und Institutionen sehen auch sie als Stärken. Jedoch wird in dieser Gruppe vielfach die Sorge geäußert, dass die Substanz zunehmend erodiert und der Standort Deutschland an Attraktivität verliert. Insbesondere die umfassende Bürokratie, fehlende öffentliche Investitionen, der Mangel an

Abb. 1

Bewertung des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Wie beurteilen Sie den Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich?



Quelle: Ökonomenpanel April 2024.

© ifo Institut

Fachkräften, hohe Energiepreise und mangelhafte Digitalisierung trüben die Bewertung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. 20% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vergeben die Note »mangelhaft« und 3% die Note »ungenügend«. Für diese Gruppe gibt es kaum Positives. Stattdessen nimmt sie den Wirtschaftsstandort Deutschland als eine Bündelung von wirtschaftshemmenden Faktoren wie hoher Bürokratie, hohen Steuern, hohen Energiekosten sowie geringen Investitionen, schleppender Digitalisierung und sich zuspitzenden demografischen Herausforderungen wahr. Die Ökonominen und Ökonomen führen auch die Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung als eine Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland an.

Insgesamt gibt es bestimmte Faktoren, die übergreifend positiv bzw. negativ für den Wirtschaftsstandort Deutschland gesehen werden. Dabei ist die individuelle Bewertung des Wirtschaftsstandorts davon abhängig, welche Faktoren als maßgeblich betrachtet werden. Das kann im Folgenden detaillierter betrachtet werden.

STÄRKEN UND SCHWÄCHEN

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland werden lediglich vier der 13 abgefragten Standortmerkmale häufiger als Stärke statt als Schwäche im internationalen Vergleich bewertet (vgl. Abb. 2). Die politischen Institutionen werden von 67% der VWL-Professorinnen und VWL-Professoren als eine Stärke gesehen und belegen damit den ersten Platz. Dahinter folgen Bildung und Humankapital (53%), Sicherheit und geopolitische Risiken (43%) sowie Zugang zu Finanzierung (36%). Diese vier Merkmale werden jeweils von 10 bis 15% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Schwäche gesehen – der Rest beurteilt sie neutral. Das Lohnniveau wird insgesamt neutral bewertet. Für alle anderen Standortmerkmale ist der Anteil derjenigen, die die Merkmale als Schwäche für den Wirtschaftsstandort bewertet, mindestens doppelt so groß wie der Anteil derjenigen, die in dem Merkmal eine Stärke erkennt. Kritisch wird die Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften sowie die Konstanz der Wirtschaftspolitik gesehen, die jeweils von 38% der Ökonominen und Ökonomen als Schwäche bewertet werden. Gleiches gilt für Infrastruktur und Steuern, die von knapp der Hälfte als Schwäche gesehen werden. Besorgniserregende Werte erzielen die letzten vier Merkmale. Die Lohnnebenkosten sehen 60% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als eine Schwäche für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Bei der Digitalisierung sind es 67% sowie bei Energie und Rohstoffen 74%. Mit Blick auf Regulierung und Bürokratie sagen sogar 87% der Ökonominen und Ökonomen, dass diese den Wirtschaftsstandort schwächen. Insgesamt wurde 841 mal ein Merkmal als Schwäche bewertet. Demgegenüber stehen nur 412 Nennungen eines Merkmals als Stärke.

DETAILBLICK

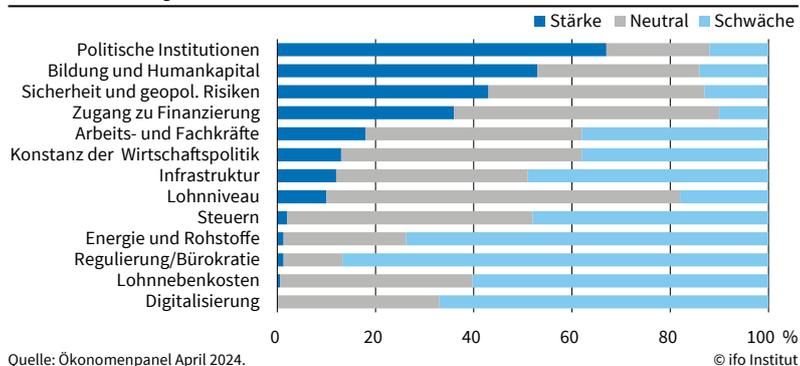
Unabhängig von der Bewertung des Wirtschaftsstandorts Deutschland werden jeweils die gleichen drei Merkmale am häufigsten als Stärken genannt (vgl. Abb. 3). Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die den Wirtschaftsstandort Deutschland mit den Noten »sehr gut« und »gut« bewertet haben, geben 94% politische Institutionen, 88% Bildung und Humankapital sowie 53% Sicherheit und geopolitische Risiken als Stärke an. Die Häufigkeit der Nennungen sind bei jenen Ökonominen und Ökonomen, die den Wirtschaftsstandort Deutschland kritischer bewertet haben, zwar deutlich weniger, aber die Reihenfolge der drei stärksten Merkmale bleibt gleich. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit den Noten »befriedigend« und »ausreichend« geben 65% an, dass sie die politischen Institutionen als Stärke sehen. Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit den Noten »mangelhaft« und »ungenügend« sind es immerhin noch 44%.

Bei den drei größten Schwächen zeigt sich ein sehr ähnliches Bild (vgl. Abb. 4). Jedoch sind hier die Unterschiede zwischen den Anteilen der Nennungen deutlich weniger ausgeprägt, als sie es bei den Stärken waren. Während also viele Ökonominen und Ökonomen mit einer kritischen Wahrnehmung kaum

Abb. 2

Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Mit Blick auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland im internationalen Vergleich: Sehen Sie in den folgenden Feldern eine Stärke oder eine Schwäche Deutschlands?



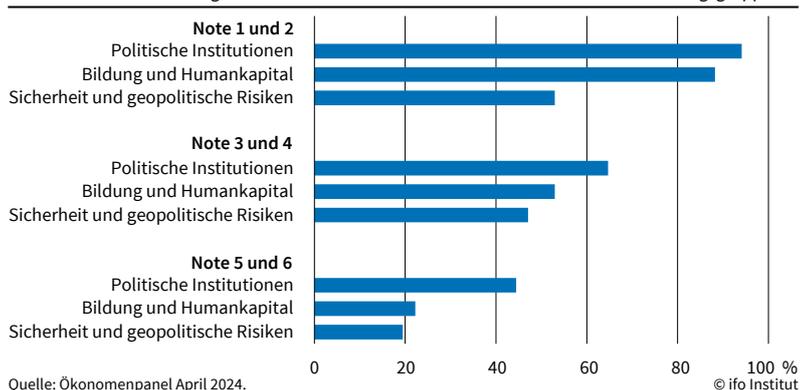
Quelle: Ökonomenpanel April 2024.

© ifo Institut

Abb. 3

Drei größte Stärken des Wirtschaftsstandorts Deutschland nach Bewertung

Jeweils Anteil der Nennung als Stärke zur Anzahl der Personen innerhalb einer Bewertungsgruppe



Quelle: Ökonomenpanel April 2024.

© ifo Institut

Abb. 4
Drei größte Schwächen des Wirtschaftsstandorts Deutschland nach Bewertung
 Jeweils Anteil der Nennung als Schwäche zur Anzahl der Personen innerhalb einer Bewertungsgruppe

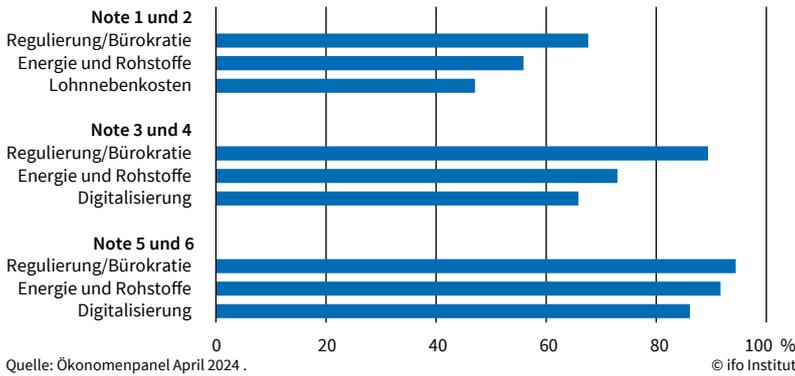


Abb. 5
Häufigkeit der Nennung von Reformvorschlägen



eine Stärke des Wirtschaftsstandorts Deutschland benennen, herrscht zumindest bei den Schwächen – unabhängig von der übergreifenden Bewertung – Einigkeit. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit den Noten »mangelhaft« und »ungenügend« nennen 94% Regulierung und Bürokratie, 92% Energie und Rohstoffe sowie 86% Digitalisierung als Schwäche. Auch bei den Ökonominen und Ökonomen mit den Noten »sehr gut« und »gut« sowie »befriedigend« und »ausreichend« werden Regulierung und Bürokratie am häufigsten mit 68% bzw. 89% als Schwächen des Wirtschaftsstandorts Deutschland genannt. Ein Unterschied besteht darin, dass für die Noten »sehr gut« und »gut« das Merkmal Lohnnebenkosten mit 47% auf Platz 3 der am häufigsten genannten Schwächen liegt und in dieser Gruppe Digitalisierung mit 44% knapp dahinter folgt.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE REFORMVORSCHLÄGE

Welche wirtschaftspolitischen Reformen würden die Professorinnen und Professoren empfehlen, um der

Standortschwäche Deutschlands zu begegnen? Die Vorschläge sind vorwiegend den Standortmerkmalen zuzuordnen, die mit Blick auf den Wirtschaftsstandort Deutschland am kritischsten gesehen werden. Eine Darstellung der Freitextantworten bietet Abbildung 5. Die meisten Reformvorschläge beziehen sich auf die drei Bereiche Regulierung und Bürokratie, Steuern sowie Energie und Rohstoffe. Darüber hinaus regen die Ökonominen und Ökonomen vielfach Investitionen in die Digitalisierung und die Infrastruktur an. Mit Blick auf Regulierung und Bürokratie schlagen die VWL-Professorinnen und VWL-Professoren vor, Genehmigungen für Bau und Investitionen sowie Ausschreibungen zu beschleunigen. Sie regen an, neue und bestehende Gesetze stärker auf ihre bürokratischen Kosten zu prüfen, und wünschen sich eine Verwaltung, die eine Service-Mentalität entwickelt. Bezüglich der Steuern in Deutschland geben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, dass der Standort grundsätzlich von Steuersenkungen und Vereinfachungen im Steuerrecht profitieren würde. Angesichts der demografischen Herausforderung sowie der zunehmenden Belastung des Staatshaushalts durch Sozialausgaben regen sie zudem an, das Renteneintrittsalter zu erhöhen und die Grenzabgaben so anzupassen, dass eine Arbeitszeitverkürzung unattraktiver und stattdessen ein höherer Arbeitseinsatz attraktiver wird. Für die attestierte Schwäche des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Feld Energie und Rohstoffe gibt es keine einheitlichen Reformvorschläge. Die einen glauben, dass der Wirtschaftsstandort von einer beschleunigten Energiewende profitieren würde, und die anderen wünschen sich eine Umkehr oder zumindest eine Verlangsamung der Energiewende. Insgesamt werden mehr marktorientierte und international eingebettete Maßnahmen für die Energiewende empfohlen.

REFERENZEN

Dörr, L., K. Gründler, P. Heil, N. Potrafke und T. Wochner (2024), *Experteneinschätzungen zum globalen Standortwettbewerb*, ifo Forschungsberichte 142.

Europäische Kommission (2024), »Winter 2024 Economic Forecast: A Delayed Rebound in Growth amid Faster Easing of Inflation«, verfügbar unter: https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/winter-2024-economic-forecast-delayed-rebound-growth-amid-faster-easing-inflation_en, aufgerufen am 26. April 2024.

Internationaler Währungsfonds (IWF) (2024), *World Economic Outlook. World Economic Outlook Database*, Washington, D.C., verfügbar unter: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/Issues/2024/04/16/world-economic-outlook-april-2024>, aufgerufen am 26. April 2024.

OECD (2024), »OECD Economic Outlook, Interim Report February 2024«, verfügbar unter: <https://www.oecd.org/economic-outlook/february-2024/#gdp-growth>, aufgerufen am 26. April 2024.

Süddeutsche Zeitung (2024), »Es waren zwei verlorene Jahre«, Interview mit Claus Hulverscheidt, 2. April 2024.